

Umbau der Schweineställe: Überraschende Kosten sorgen für Proteste!

Neues Tierschutzgesetz fordert Umbauten in der Schweinehaltung bis 2038. Kosten zwischen 2.000 und 20.000 Euro pro Betrieb.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - Die Schweineindustrie sieht sich aktuell mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert, nachdem ein neues Tierschutzgesetz in Kraft tritt. Im Rahmen des Projekts „Innovationen für Bestehende Ställe“ (IBeSt), das 2020 ins Leben gerufen wurde, wurde eine kostengünstige Alternative zu Vollspaltenböden entwickelt. Laut dem **Presseaussendung von OTS** soll der sogenannte „Firlefanz-Vollspaltenboden“ bis 2038 in alle Betriebe eingebaut werden. Dies hat jedoch zu Bedenken hinsichtlich der hohen finanziellen Belastung geführt, da viele Betriebe in der Öffentlichkeit befürchten, die Umbaukosten seien untragbar.

Interne Dokumente zeigen, dass die Umbaukosten pro Betrieb zwischen 2.000 und 20.000 Euro liegen – eine Summe, die von der Schweineindustrie als nicht ausreichend wahrgenommen wird. VGT-Obmann DDr. Martin Balluch kritisiert diese geringfügigen Umbaukosten und bezeichnet sie als Täuschung der Öffentlichkeit. Er fordert überdies die Einführung von Stroheinstreu für Schweine, was von 92 % der Bevölkerung gewünscht wird. Balluch verweist auf die Situation in Schweden, wo verpflichtende Stroheinstreu und eine hohe Selbstversorgung praktiziert werden.

Tierschutzgesetz und Übergangsfristen

Mit dem Inkrafttreten des neuen Tierschutzgesetzes am 1. Juni 2025 wird ein klarer Rahmen für die Schweinehaltung geschaffen. Laut Informationen von **LKO** bleiben unstrukturierte Vollspaltenböden bis Mitte 2034 weiterhin erlaubt. Betriebe, die zwischen Juni 2018 und Dezember 2022 in neue Ställe investiert haben, erhalten individuelle Übergangsfristen von bis zu 16 Jahren ab Fertigstellung. Rund 170 Betriebe profitieren von einer Härtefallregelung, die bis Ende 2027 gemeldet werden muss.

Ab dem 1. Juni 2029 sind zudem Verbesserungen in Bezug auf den Tierwohlniveau geplant, darunter geringere Besatzdichten und mehr organisches Beschäftigungsmaterial. LKÖ-Präsident Josef Moosbrugger zeigt sich erleichtert über die Klarheit für die Betriebe, sieht aber auch schmerzhaftes Kompromisse sowie den dringenden Bedarf nach Investitionssicherheit und einer hohen rechtlichen Absicherung für Stallumbauten.

Vergleich der Tierschutzstandards in Europa

Die Tierschutzstandards variieren erheblich innerhalb Europas. Laut **landwirtschaft.de** haben Länder wie Deutschland, Dänemark und Schweden strengere Standards als die EU-Vorgaben. In der EU gibt es zwar gesetzliche Regelungen zum

Tierschutz, die jedoch von Tierschutzorganisationen als unzureichend kritisiert werden. Einige Mitgliedstaaten haben daher die Möglichkeit, eigene strengere Regeln zu erlassen.

Aktuell führt die unzureichende Einhaltung der EU-Tierschutzstandards dazu, dass wichtige Themen wie das Kükentöten und die Käfighaltung von Hühnern nach wie vor problematisch bleiben. Nationale Regierungen wie die in Deutschland und Frankreich, die bereits einige dieser Praktiken abgeschafft haben, setzen jedoch Zeichen für zukünftige Reformen und betonen die Notwendigkeit starker nationaler Tierschutzgesetze.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.lko.at • www.landwirtschaft.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at